

Baden-Württemberg fordert und fördert die artgerechte Tierhaltung: Für eine neue Haltung – tiergerecht, umweltgerecht und global gerecht!

1 Wir Grünen stehen für einen respektvollen Umgang mit den Tieren. In unserer Landesverfas-
2 sung, in unserem Wahlprogramm und im Koalitionsvertrag haben wir als Ziel den Schutz und
3 das Wohlbefinden der Tiere festgeschrieben. Der größte Handlungsbedarf besteht dabei im
4 Bereich der landwirtschaftlich genutzten Tiere. Baden-Württemberg bietet mit seiner kleinstruk-
5 turierten Landwirtschaft die besten Voraussetzungen, um regionale und gerade hinsichtlich des
6 Tierschutzes hochwertige Produkte zu erzeugen. Diese Grundlagen gilt es zu erhalten und wei-
7 ter zu verbessern. Dabei müssen alle Handlungsspielräume auf Landesebene genutzt und Initia-
8 tiven über den Bundesrat und auf Bundesebene eingebracht werden. Wir sehen es als eine
9 Aufgabe der gesamten Partei, unsere Regierung bei dieser großen Herausforderung zu unter-
10 stützen.

I Billigfleisch hat teure Folgen für Mensch und Tier, Umwelt und globale Ernährung

14 Die Intensivhaltung landwirtschaftlich genutzter Tiere hat in den letzten Jahrzehnten in
15 Deutschland in dramatischer Weise zugenommen. Deutschland entwickelt sich zunehmend zum
16 Exportland für Schlachttiere, Fleisch und Fleischprodukte. Diese Entwicklungen verursachen
17 massive soziale und ökologische Folgekosten. Der durch die industrielle Tierhaltung ermögliche-
18 te, ausufernde Konsum von Billigfleisch ist maßgeblich verantwortlich für Tierleid, Artensterben,
19 Klimawandel, Hunger in der Welt sowie für gesundheitliche Risiken.

Tierleid

22 Viele Millionen Nutztiere, vor allem Schweine, Rinder, Kaninchen, Geflügel sowie zunehmend
23 auch Fische werden in Europa und weltweit nicht in artgerechter Weise gehalten. Dieses millio-
24 nenfache Tierleid ist dadurch entstanden, dass Tiere in der industrialisierten Tierhaltung nur
25 noch als Produktionsfaktor gesehen werden. Der Grundsatz, dass die Haltungsbedingungen an
26 die Bedürfnisse der Tiere und nicht die Tiere an die Haltungsbedingungen angepasst werden
27 sollen, wird aufs Größte missachtet. Haltung, Fütterung und Pflege der Tiere sind hoch techni-
28 siert und rationalisiert. Die Tiere werden in Haltungssystemen mit strukturloser Umgebung un-
29 tergebracht, in denen ihre Bewegungsmöglichkeiten und das Ausüben artgerechter Verhaltens-
30 weisen enorm eingeschränkt werden. Um Tiere in qualvoller Enge halten zu können, werden
31 Amputationen wie das Kürzen der Schnäbel von Geflügel oder das Kupieren der Schwänze von
32 Schweinen vorgenommen. Die massiven Gesundheitsschäden der Tiere werden mit prophylakti-
33 schen Medikamentengaben bekämpft.

Antibiotikamissbrauch

36 Obwohl der prophylaktische Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung nicht zulässig ist, findet
37 aufgrund der Intensivhaltung und ihren Auswirkungen auf die Gesundheit der Tiere eine Mas-
38 senmedikation in den Tierställen statt. Allein diese Tatsache zeigt, dass die derzeitige Ernäh-
39 rung, Pflege und Unterbringung der Tiere nicht den Vorgaben des Tierschutzgesetzes entspre-
40 chen. Hinzu kommen die Gesundheitsgefahren für uns Menschen und die Tiere, die mit dem
41 regelmäßigen Einsatz großer Antibiotikamengen und den damit einher gehenden Resistenzbil-
42 dungen verbunden sind.

43 **Gefährdung der globalen Ernährungssicherung**

44 Billiges Fleisch trägt zum Hunger in der Welt bei. 30 % der Weltgetreideernte werden für die
45 Tiermast eingesetzt. Rund 3,5 Millionen Tonnen oft genmanipulierte Sojabohnen und eben so
46 viel Sojaschrot importiert Deutschland jedes Jahr als Tierfutter. Wichtige CO₂-Senken wie Sa-
47 vannen und Regenwälder mussten und müssen den Sojabohnenmonokulturen weichen.
48 Mensch und Umwelt werden durch den massiven Pestizideinsatz geschädigt. Dieser nimmt
49 durch den Einsatz der Gentechnik insgesamt sogar noch zu, wie aktuelle US-Studien belegen.
50 (<http://www.agrarheute.com/usa-gentechnik>) Für die Tiermast in Deutschland werden auf drei
51 Millionen Hektar Sojabohnen angebaut. Neben den dadurch verursachten Treibhausgasen, die
52 über 20 Millionen Tonnen CO₂ entsprechen, ist die Intensivtierhaltung zum Lebensmittelkon-
53 kurrenten des Menschen geworden. Auch die Exportorientierung der deutschen Fleischwirt-
54 schaft, die auf industrieller Massentierhaltung, Import von Futtermitteln und EU-
55 Exportsubventionen basiert und lokale Märkte und Bauern in ärmeren Ländern ruiniert, ver-
56 schärft die Hungerkrisen in der Welt.

57

58 **Umweltauswirkungen des Fleischkonsums**

59 Einer Studie der FAO aus dem Jahr 2006 zufolge ist die Fleischproduktion weltweit für 18 %
60 der schädlichen Treibhausemissionen verantwortlich. Das neue Umweltgutachten 2012 „Ver-
61 antwortung in einer begrenzten Welt“ des Sachverständigenrats für Umweltfragen SRU ver-
62 deutlicht anhand vielfältiger und aktueller Forschungsergebnisse, dass in Bezug auf den Le-
63 bensmittelkonsum insbesondere der Verbrauch tierischer Produkte ein relevantes umwelt-, aber
64 auch gleichzeitig ein gesundheitspolitisches Handlungsfeld darstellt.

65

66 *Das Gutachten zeigt u. a. auf:*

- 67 • *dass für die Produktion von Fleisch, Milch und Eiern wesentlich mehr Fläche pro Nah-*
68 *runkskalorie erforderlich ist als für pflanzliche Produkte wie Obst, Gemüse und Getreide,*
69 *aber auch Brot. So liegt der Flächenverbrauch für die Produktion von Rindfleisch mit 2.09*
70 *m²/Joule fast 17mal so hoch wie für Getreide mit 0,12 m²/Joule.*
- 71 • *dass die Landwirtschaft, die in der Vergangenheit zum Erhalt und zur Schaffung neuer Le-*
72 *bensräume beigetragen hat, durch ihre Intensivierung und Industrialisierung zu einem der*
73 *Hauptfaktoren der Gefährdung der Biodiversität geworden ist. Dafür ist vor allem der Um-*
74 *bruch von Grünland zugunsten von Ackerflächen, insbesondere für den Futtermittelanbau,*
75 *verantwortlich. Dagegen hat die Weidehaltung von Rindern, Schafen und Ziegen, insbe-*
76 *sondere in bestimmten schützenswerten Lagen, positive Auswirkungen auf den Erhalt von*
77 *Grünland und damit die Biodiversität.*
- 78 • *dass 71 % der landwirtschaftlichen Treibhausgase durch die Tierhaltung verursacht wer-*
79 *den. Unter Berücksichtigung von Produktion, Verarbeitung, Kühlung und Transport verur-*
80 *sacht frisches Gemüse Treibhausgase von 0,1 CO₂ eq/kg, während die Treibhausgasemis-*
81 *sionen von Schweinefleisch 3,1 – 3,3 eq/kg oder Rindfleisch (essbare Teile, nur die Produk-*
82 *tion berücksichtigend) 7 – 28 eq/kg, betragen.*
- 83 • *dass die Verringerung des Konsums von tierischen Produkten zu einer Reduktion der Stick-*
84 *stoff- Phosphat- und Pestizidbelastung von Böden und Gewässern führt und somit zum*
85 *Schutz von vielen Tier- und Pflanzengruppen beiträgt.*
- 86
- 87 • Wir Grünen in Baden-Württemberg setzen uns deshalb für eine deutliche Reduktion des
88 Konsums von Fleisch und tierischen Produkten zugunsten von pflanzlichen Ernährungswei-
89 sen sowie für eine Bevorzugung von Lebensmitteln aus ökologischem Anbau ein. Die Redu-
90 zierung muss einhergehen mit einer Abkehr von der Exportorientierung der deutschen
91 Fleischwirtschaft. Eine deutliche Reduktion des Fleischkonsums ist auch Voraussetzung da-
92 für, dass die Betriebe die höheren Preise erzielen können, die bei der Umstellung auf tierge-
93 rechte Haltung notwendig sind. Nur wenn dies gelingt besteht die Chance, dass Deutsch-

94 land nicht nur bei der Energiewende, sondern auch bei der Agrarwende weltweit ein Vorbild
95 abgibt und dazu beiträgt, den nicht nachhaltigen Trend zu einer fleischbetonten Ernährung
96 umzukehren.
97

98 **II Baden-Württemberg – Vorreiter bei der Umstellung auf tiergerechte Haltung**

99

100 Im Vergleich zu anderen Bundesländern ist die Ausgangslage in unserem Bundesland für die
101 Verhinderung der Ausweitung von industriellen Tierhaltungen günstig. Vor allem in den nördli-
102 chen und östlichen Bundesländern geht der Konzentrationsprozess zu agrarindustriellen Mega-
103 ställen mit Größenordnungen von 90.000 Schweinen, 800.000 Legehennen sowie 500.000
104 Masthähnchen rasant weiter. Zum Vergleich: in 90% der tierhaltenden Betriebe in Baden-
105 Württemberg werden maximal 400 Mutterschweine gehalten. Noch ist es möglich, diese nega-
106 tive Entwicklung in Baden-Württemberg aufzuhalten, die bäuerliche Landwirtschaft zu stärken
107 und eine Umstellung auf tiergerechte Haltungsformen zu erreichen. Dafür gibt es einen breiten
108 Konsens in der Gesellschaft. Nach einer Emnid-Umfrage haben 93% der Befragten die tierge-
109 rechte Haltung als „wichtigste Aufgabe“ der Landwirte bezeichnet.
110

111 **Industrielle Tierhaltung durch Änderung des Baugesetzbuchs verhindern**

112 Aufgrund von gesetzlichen Regelungen im Bundesbaugesetzbuch können Massentierhaltungs-
113 anlagen im Außenbereich als privilegierte Bauvorhaben genehmigt werden. Diese Regelung hat
114 in den letzten Jahren den ungebremsen Bau riesiger Tierfabriken in Deutschland ermöglicht.
115 Dadurch werden nicht nur die Tiere geschädigt, sondern auch die Umwelt und die Gesundheit
116 der Menschen. Die in solchen Anlagen anfallende Gülle führt bei ihrer Ausbringung auf Wiesen
117 und Felder zu einer weit stärkeren Belastung von Böden und Gewässern durch Nitrat- und
118 Phosphateinträge als der Festmist, der in bäuerlichen Betrieben, die Tierhaltungen mit Einstreu
119 betreiben, erzeugt wird. Verursacht werden auch Geräusch-, Staub-, Geruchs- Bioaerosol- und
120 Ammoniakbelastungen für die Umgebung, die einer späteren Bauleitplanung, wie etwa für ein
121 Wohngebiet oder einer Erholungszone, entgegenstehen. Die industriellen Tierhaltungen ge-
122 fährden zudem den Fortbestand einer gesellschaftlich akzeptierten bäuerlichen Landwirtschaft.
123 Durch die Massentierhaltungen im Außenbereich wird ein gesellschaftlich unerwünschter Struk-
124 turwandel gefördert, der die verbliebenen landwirtschaftlichen Betriebe zum Aufgeben ihres
125 Betriebes oder ebenfalls zum Einstieg in die industriellen Formen der Tierhaltung drängt. Diese
126 Entwicklung gilt es in Baden-Württemberg zu verhindern.

127 Dies ist durch zwei Änderungen im Bundesbaugesetzbuch (BauGB) möglich. Durch eine Ände-
128 rung des § 35 Absatz 1 Nr. 4, die sich am Bundes-Immissionsschutzgesetz ausrichtet, kann die
129 Genehmigung für Anlagen im Außenbereich ab 15.000 Hennenplätzen, 30.000 Junghennen-
130 oder Mastgeflügelplätzen, 15.000 Truthühnerplätzen, 600 Rinderplätzen, 500 Kälberplätzen,
131 1.500 Mastschweineplätzen oder 560 Sauenplätzen künftig verweigert werden. Außerdem
132 muss in § 201 BauGB klargestellt werden, dass eine Privilegierung nach § 35 Absatz 1 Nr. 1
133 nur bestehen kann, wenn das Futter für die Tiere tatsächlich zum überwiegenden Teil auf Land,
134 das räumlich und funktional zum Betrieb gehört, erzeugt wird.

135 • Wir Grünen setzen uns deshalb dafür ein, dass alle Möglichkeiten genutzt werden, um Ge-
136 nehmigungen von industriellen Tierhaltungen so restriktiv wie möglich zu handhaben. Wir
137 Grünen unterstützen unsere Regierung dabei, sich im Bundesrat und auf Bundesebene wei-
138 terhin für Rechtsgrundlagen stark zu machen, die echte Verbesserungen für den Tierschutz
139 bedeuten. So fordern wir weiterhin, dass folgender Satz 2 an § 35 Absatz 1 BauGB angefügt
140 wird: "Ein Vorhaben, das der Tierhaltung dient und nicht nach Satz 1 Nummer 1 zugelassen
141 werden kann, ist in der Regel auch nicht nach Satz 1 Nummer 4 zulässig, insbesondere dann
142 nicht, wenn es einer Genehmigung nach § 4 des Bundesimmissionsschutzgesetzes bedarf."

143 **Förderung tiergerechter Haltungsformen**

144 Eine tiergerechte Haltung ermöglicht den Tieren das Ausleben ihrer artgemäßen Verhaltenswei-
145 sen. Ihren Grundbedürfnissen nach Beschäftigung, Ruhen, Sozialverhalten, Erkundung, Nah-
146 rungserwerbsverhalten, Eigenkörperpflege, Mutter-Kind-Verhalten sowie ihrem Bedürfnis nach
147 artgemäßer Bewegung muss Rechnung getragen werden. Dies schreibt das Tierschutzgesetz in
148 § 2 verbindlich vor. Wir Grünen setzen uns deshalb für folgende Ziele ein:

- 149
- 150 • Ein ausdrückliches Verbot von besonders restriktiven Haltungsformen wie Käfig-, Kasten-
- 151 stand-, oder Anbindehaltung sowie Vollspaltenbodenhaltung mit hoher Besatzdichte.
- 152 • Einführung eines verbindlichen Herkunfts- und Haltungsnachweises das es ermöglicht, für
- 153 Fleisch aus artgerechten Tierhaltungen mit mehr Platz, Einstreu, verhaltensgerechten Struk-
- 154 turen und regelmäßigem Auslauf ins Freie einen höheren Verkaufspreis zu erzielen.
- 155 • Verbot von Werbung mit verbrauchertäuschenden Angaben und Bildern über die Art der
- 156 Tierhaltung.
- 157 • Umstellung der Ausgleichszahlungen aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds (ELER), so
- 158 dass gewährleistet ist, dass nur noch Investitionen in besonders artgerechte Tierhaltungen
- 159 gefördert werden und dass die Betreiber dieser Tierhaltungen neben der Investitionsförde-
- 160 rung auch laufende Ausgleichszahlungen erhalten können.
- 161 • Umstellung der Direktzahlungen aus der sog. Ersten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik
- 162 der EU durch Einführung eines 'Greening' und eines 'Animal Welfaring' mit dem Ziel, dass
- 163 die Prämien (von derzeit jährlich ca. 300 EUR pro Hektar landwirtschaftlich genutzter Flä-
- 164 che) künftig an ein ökologisches Bewirtschaften der Flächen und an eine artgerechte Tier-
- 165 haltung gebunden werden.
- 166 • Deutschland sollte dabei von der Möglichkeit Gebrauch machen, 10% der jährlich über 5
- 167 Mrd. € Direktzahlungen aus der Ersten Säule der Agrarpolitik herauszunehmen und diesen
- 168 Betrag (ca. 500 Mio € im Jahr) primär für die Förderung tiergerechter Haltungsformen zu
- 169 verwenden.
- 170 • Die in der „Nationalen Rahmenregelung der Bundesrepublik Deutschland für die Entwick-
- 171 lung ländlicher Räume“ beschriebenen Anforderungen für eine Förderung müssen dahinge-
- 172 hend reformiert werden, dass nur besonders tiergerechte Haltungsformen gefördert werden
- 173 können; z. B. müssen Zuchtsauenhaltungen mit Kastenständen von einer Förderung ausge-
- 174 schlossen werden.
- 175 • Die Fördersätze für Zahlungen für Tierschutzmaßnahmen in der „Nationalen Rahmenrege-
- 176 lung für die Entwicklung ländlicher Räume“, so u. a. für „Sommerweidehaltung von Rin-
- 177 dern“, Haltung von Rindern oder Schweinen in Laufställen und mit Weidehaltung“, „Hal-
- 178 tung von Rindern oder Schweinen in Laufställen mit Stroh“ sowie "Haltung von Rindern
- 179 oder Schweinen in Laufställen mit Stroh und mit Außenauslauf“ müssen überprüft und ggf.
- 180 angehoben werden. Es ist zudem notwendig, geeignete Verfahren zur Haltung von Geflü-
- 181 gel und Kaninchen in die Förderung besonders tiergerechter Haltungen einzubeziehen.
- 182 • Keine Gewährung mehr von Hermesbürgschaften für den Bau Tierhaltungsanlagen, die dem
- 183 deutschen Tierschutzrecht widersprechen.
- 184

185 **III Förderung des tierschutzgerechten Umgangs mit landwirtschaftlichen Tieren**

186

187 Wir Grünen setzen uns dafür ein, dass unser Bundesland die vielfältigen Möglichkeiten nutzt,
188 den Tierschutz beim Umgang mit den Tieren zu verbessern und sich auf Bundesebene für Ver-
189 besserungen einzusetzen.

190

191 **Tierschutz bei der Schlachtung deutlich verbessern**

192 Seit Jahren gibt es große Tierschutzdefizite im Zusammenhang mit der Schlachtung von Tieren.
193 Bereits bei der Anlieferung der Tiere wird immer wieder festgestellt, dass nicht-transportfähige,

194 verletzte oder tote Tiere am Schlachthof ankommen. Da die rechtlichen Bedingungen aber we-
195 der national noch auf EU-Ebene vorsehen, dass die Anlieferung der Tiere nur stattfinden darf,
196 wenn amtliches Überwachungspersonal vor Ort ist, werden viele Verstöße nicht rechtzeitig
197 festgestellt, Tiere nicht rasch genug erlöst und in vielen Fällen keine Maßnahmen gegen die
198 Transporteure ergriffen. "Schlachttourismus" zu deutschen Schlachthöfen aus dem Ausland
199 führt außerdem zu einer Verlängerung von Tiertransportzeiten. Aufgrund des enormen Kosten-
200 drucks besteht sowohl beim Zutrieb zu den Betäubungseinrichtungen wie auch beim eigentli-
201 chen Betäuben permanent hochgradiger Zeitdruck. Dadurch entstehen unnötige Belastungen
202 für die Tiere und Fehler bei der Betäubung (Fehlschüsse, falsche Ansatzpunkte der Elektrozan-
203 gen o.ä.). Die hohe Zahl von Tieren, die nicht oder nicht ausreichend betäubt sind oder wäh-
204 rend der Entblutung wieder aufwachen, ist nach Untersuchungen von Prof. Tröger vom Max-
205 Rubner-Institut in Kulmbach erschreckend.

- 206
- 207 • Wir Grünen setzen uns dafür ein, dass diese Tierschutzdefizite zügig abgebaut werden und
- 208 bei der Bevölkerung eine Akzeptanz für die dadurch entstehenden höheren Kosten erreicht
- 209 wird.
- 210 • Die sorgsame und sachkundige Behandlung jedes einzelnen Tieres muss zu jedem Zeitpunkt
- 211 vor und während der Schlachtung gewährleistet sein. Ein Sachkundenachweis sowie regel-
- 212 mäßige Fortbildungen für alle Personen, die am Schlachthof oder beim Transport mit Tieren
- 213 umgehen, sollen verpflichtend sein.
- 214 • Das Schlachten im Akkord muss verboten werden. Eine maximal zulässige Anzahl von
- 215 Schlachtungen pro Stunde soll festgelegt werden.
- 216 • Eine lückenlose Videoüberwachung aller tierschutzrelevanten Vorgänge beim Schlachtpro-
- 217 zess vom Abladen bis zum Entbluten ist notwendig und soll durch neutrale Amtsveterinäre
- 218 ausgewertet und dokumentiert werden.
- 219 • Installation von zusätzlichen technischen Prüfverfahren wie automatische Kontrollsysteme,
- 220 die verhindern, dass ein Tier bei vollem Bewusstsein ins Brühbad oder zum Zerlegen kommt.
- 221 • Um entsprechende Fehler sofort zu erkennen und zu korrigieren muss eine besonders sach-
- 222 kundige, möglichst amtliche und vom Schlachtbetrieb unabhängige Person den Zutriebs-
- 223 und Betäubungsprozess kontinuierlich überwachen und jederzeit die Möglichkeit haben,
- 224 den Schlachtprozess zu unterbrechen bis die festgestellten Mängel behoben sind.
- 225 • Diese Kontrollpflichten sollten rechtlich verankert werden.
- 226 • Mit dem Tierschutz bei der Schlachtung eng verbunden ist das Thema der Tiertransporte.
- 227 Überfällig ist, dass Schlachttiertransporte innerhalb von Deutschland auf max. 4 h und EU-
- 228 weit ausnahmslos auf die Dauer von max. 8 h begrenzt werden.
- 229 • Gleichzeitig gilt es, dezentrale Strukturen in Baden-Württemberg für die Schlachtung zu
- 230 erhalten, zu fördern und ggf. neu einzurichten, um ein häufig vorgetragenes Argument ge-
- 231 gen die zeitliche Begrenzung der Schlachtiertransporte zu entkräften. Hierzu zählen auch
- 232 alternative Schlachtmethode wie das Schlachten mithilfe von mobilen Schlachtboxen.
- 233

234 **Schluss mit Amputationen bei landwirtschaftlich genutzten Tieren**

235 Nach wie vor werden an landwirtschaftlich genutzten Tieren bestimmte tierquälerische Eingriffe
236 routinemäßig durchgeführt. Bei fast allen Ferkeln findet ein Kürzen des Schwanzes im Alter von
237 unter vier Tagen statt. Bei der überwiegenden Mehrzahl der Legehennen wird die Schnabelspit-
238 ze gekürzt und auch das Enthornen bzw. das Verhindern des Hornwachstums bei unter sechs
239 Wochen alten Rindern wird flächendeckend praktiziert. Nach dem Wortlaut des Tierschutzge-
240 setzes sind derartige Eingriffe als Ausnahmen vorgesehen und sollen nur erfolgen, wenn sie für
241 die vorgesehene Nutzung des Tieres unerlässlich sind. Die Intensivhaltung hat aber dazu geführt
242 dass diese stark schmerzhaften Eingriffe, die das Tier besonders augenfällig an das Haltungssys-
243 tem anpassen, europaweit als Regel angesehen und praktiziert werden. Tatsächlich ist festzu-

244 halten, dass unter den derzeitigen Haltungsbedingungen ohne Kupieren der Ferkelschwänze
245 bzw. Schnabelspitzen häufig erhebliche, tierschutzrelevante Verletzungen entstehen. Betont
246 werden muss jedoch, dass die beiden genannten Amputationen bestenfalls dazu dienen, Symp-
247 tome einer unzulänglichen Haltung zu kaschieren und in keiner Weise zur Abstellung der Ursa-
248 che beitragen.

- 249 • Ziel grüner Politik muss weiterhin sein, die Gründe für das Federpicken bzw. Schwanzbeißen
250 abzustellen bzw. zu ermöglichen, dass horntragende Tiere gehalten werden können. Dies
251 muss sich sowohl auf die Beratung der Tierhalter, die baulichen Voraussetzungen und last
252 but not least auf die Fördergrundsätze für eine tatsächlich tiergerechte Haltung auswirken.
253

254 **Neue Zuchtziele – Forschung zur nachhaltigen und verhaltensgerechten Nutztierhaltung muss** 255 **gefördert werden**

256 Das enorm hohe Leistungsvermögen der landwirtschaftlich genutzten Tiere bedingt in vielfälti-
257 ger Weise erhebliche gesundheitliche Beeinträchtigungen der Tiere. Dem wird durch Medika-
258 menteneinsatz oder Selektion krankheitsanfälliger Tiere begegnet, anstatt die Ursachen für die
259 Probleme auszuräumen. Der Verlust eines gewissen Prozentsatzes an Tieren, die vorher verster-
260 ben, wird im Vorfeld schon mit einkalkuliert. Im Geflügelbereich hat die Hochleistungszucht
261 dazu geführt dass 50 % der Zuchttiere (nämlich die männlichen Küken der Legehennenzuchtli-
262 nien) als nicht gewinnbringend getötet und als Abfall entsorgt werden. Sowohl im Hinblick auf
263 die hohen Mast-, Milch- oder Legeleistungen wie auch hinsichtlich der Vernichtung von Tieren
264 sollte ein Umdenken bei den Zuchtzielen stattfinden.

265 Unsere landwirtschaftlichen Forschungseinrichtungen sind aber durch ihre Jahrzehnte lange
266 Arbeit im konventionellen Bereich und ihre Ausrichtung auf möglichst geringe Produktionskos-
267 ten bei der Nutztierhaltung geprägt. Die Verbesserung der Tierhaltung unter Tierschutzge-
268 sichtspunkten hat für sie bisher nicht im Vordergrund gestanden. Dies muss verändert werden.
269 Die Zielvorstellung muss sich ändern: von Haltungformen, an die sich das Tier anpassen muss,
270 zu einer Haltung, die dem Tier ermöglicht, seine Verhaltensweisen artgemäß auszuleben.

- 271 • Wir Grünen sehen einen dringenden Forschungsbedarf auf den Gebieten: tierschutzgerech-
272 tere Zuchtziele, bei Hühnern Zweinutzungsrasen, Etablierung robuster und regionaler Nutz-
273 tierrassen, verhaltens- und tierschutzgerechte Haltungsformen für Tiere, Innovationen im
274 Stallbau- und Stalleinrichtungsbereich.
- 275 • Bezüglich der Mastleistungen sollte eine Begrenzung der täglichen Zunahmen bei den
276 Zuchtzielen festgelegt werden; die Zucht von Milchtieren sollte sich insbesondere als Zucht
277 auf lange Lebensleistung und Robustheit statt auf hohe Leistung pro Jahr verstehen.
- 278 • Diese Forschungsarbeit muss von ausgewiesenen Fachleuten aus der Praxis begleitet wer-
279 den.
- 280 • Weiterhin bedarf es Forschungseinrichtungen, die sich ausschließlich oder hauptsächlich mit
281 den Zielen einer ökologischen und tierschutzgerechten Haltung befassen, so dass ausge-
282 schlossen werden kann, dass die Erforschung dieser Bereiche nur einen relativ kleinen Teil
283 der wissenschaftlichen Arbeit einnimmt und nur eine Alibifunktion hat. Die Umstellung der
284 Forschung in den landeseigenen Versuchsgütern und Hochschulen muss von den entspre-
285 chenden Stellen angegangen werden.
- 286 • Wir fordern die Landesregierung auf, mit den entsprechenden Einrichtungen, praktischen
287 Tierärzten, Ökolandbauverbänden und Tierschutzverbänden entsprechende Konzepte auf-
288 und umzustellen.
289

290 **Beratung muss auf verhaltensgerechte Nutztierhaltung umgestellt werden**

291 Die Beratungsstruktur in der Landwirtschaft ist noch sehr verbandsorientiert und zusätzlich von
292 konventionell orientierten Verbänden dominiert. Diese fast monopolartige Beratungsstruktur gilt
293 es aufzubrechen und die begonnenen Veränderungen zu unterstützen. Gerade in der Nutztier-
294 haltung sind bei der Umwandlung von konventionellen, nicht verhaltensgerechten und tierquä-

295 lerischen Systemen zu verhaltens- und tierschutzgerechten Haltungen oftmals große Investitio-
296 nen nötig, da der Umbau von alten Ställen oder ein Stallneubau sehr kosten- und beratungsin-
297 tensiv ist. Auch die Umstellung auf Ferkelkastrationen mit Betäubung, die Impfung der Schwe-
298 ine gegen den Ebergeruch oder die Umstellung auf Ebermast verlangen eine kompetente Bera-
299 tung. Die Finanzierung, die Fördermöglichkeiten von Land, Bund und EU, die Möglichkeiten im
300 Betrieb und Kooperationen zwischen Betrieben sind komplex, so dass der einzelne Landwirt nur
301 durch eine gute Beratung in die Lage versetzt wird, die nötigen Schritte zur tiergerechten Hal-
302 tung durchzuführen. Gute Beispiele gibt es auch schon in Baden-Württemberg wie z.B. das Pro-
303 jekt „Alternativen und Perspektiven der Milcherzeugung im Schwarzwald“.

- 304 • Wir Grünen unterstützen unsere Landesregierung dabei, zukunftsweisende Beratungsprojek-
305 te weiterhin zu fördern, auszubauen und neue Projekte im Land anzustoßen, um das Ziel ei-
306 ner tiergerechten Haltung und Fütterung von Tieren zu erreichen.

307

308 **Ausbildung im Ökolandbau ist nötig**

309 Auch die landwirtschaftliche Ausbildung ist immer noch geprägt durch konventionelle Vorstel-
310 lungen, Inhalte und Lehrkräfte. Die fehlende Ausbildung und damit fehlende Kenntnisse zur
311 ökologischen Wirtschaftsweise dürften für viele junge, aber auch umstellungsinteressierte
312 Landwirte wichtige Gründe sein, ihren Betrieb nicht ökologisch zu bewirtschaften. Die Ausbil-
313 dungszahlen in landwirtschaftlichen Berufen in Baden-Württemberg sind stabil oder sogar stei-
314 gend. Jedoch ist das Ausbildungs- und Lehrkräfteangebot im Bereich Ökolandbau für Auszubil-
315 dende der Agrarberufe auch in Baden-Württemberg bisher sehr dürftig, vor allem im Bereich
316 der Nutztierhaltung.

- 317 • Wir Grünen setzen uns deshalb für Kooperationen mit angrenzenden Bundesländern und
318 deren Ausbildungsstätten ein, um den Ökolandbau schneller und zielgerichteter sowie res-
319 source sparender zu fördern.
- 320 • Wir unterstützen ausdrücklich die Bildungsoffensive 'Ökolandbau' unserer Landtagsfraktion
321 und unterstützen unsere Landesregierung, hier einen Schwerpunkt der Landwirtschaftspoli-
322 tik zu setzen, um mehr Landwirte dazu zu motivieren und zu befähigen, ihre Betriebe auf
323 tiergerechte Haltungsformen umzustellen.

324

325 **IV Umwelt- und tierschutzgerechtes Verbraucherverhalten fördern**

326 Angesichts der erheblichen Auswirkungen individueller Konsumententscheidungen auf die Umwelt
327 ist es eine große Herausforderung für uns Grüne und unsere Landesregierung, die Bürgerinnen
328 und Bürger für ein umwelt- und tiergerechtes Verbraucherverhalten zu gewinnen. Wie der
329 Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) halten wir es für politisch legitim, die Konsument-
330 scheidungen durch politisches Handeln zu beeinflussen und dafür geeignete Steuerungsinstru-
331 mente zur Verfügung zu stellen. Am wichtigsten ist es dabei durch positive Anreize zu einem
332 Bewusstseinswandel in der Bevölkerung beizutragen. Dieser ist die Voraussetzung dafür, dass
333 die Menschen dazu bereit sind, ihr individuelles Verbraucherverhalten nachhaltig auszugestal-
334 ten. Darüber hinaus müssen geeignete sozialverträgliche Instrumente ausgewählt und einge-
335 setzt werden, mit denen das Konsumverhalten konkret beeinflusst werden kann.

- 336 • Wir Grünen begrüßen die Kampagne unseres Landesvorstands zur Einführung eines Vegeta-
337 rischen Tags in der Woche als wichtige Maßnahme zur Bewusstseinsbildung für eine Verrin-
338 gerung des Fleischkonsums aus Gründen des Umwelt- und Klimaschutzes, der globalen Er-
339 nährungssicherung sowie des Tierschutzes. Wir ermuntern unsere Landesregierung dazu,
340 diese Kampagne tatkräftig zu unterstützen, indem u. a. ein Vegetarischer Tag in allen öf-
341 fentlichen Kantinen eingeführt wird.
- 342 • Wir Grünen setzen uns für Leitlinien und konkrete sowie verbindliche Vereinbarungen für
343 Kantinen und Mensen ein, mit denen die Richtlinien der Deutschen Gesellschaft für Ernäh-

- 344 rung zugrunde gelegt werden. Dabei sollen die vegetarischen Anteile der Verpflegung er-
345 höht und auch vegane Gerichte ins Angebot aufgenommen werden.
- 346 • Wir setzen uns dafür ein, dass in der gesamten Kita- und Schulverpflegung und in öffentli-
347 chen Kantinen ein Mindestmaß an Bioprodukten sowie aus Fair Trade zum Einsatz gebracht
348 wird. Dabei muss sichergestellt werden, dass finanziell Schwächere nicht von der Schulver-
349 pflegung ausgeschlossen werden.
 - 350 • Wir halten es für erforderlich, dass Info- und Unterrichtsmaterialien zur gesunden Ernährung
351 und zum Zusammenhang von Fleischkonsum, Klimaschutz, Welternährung, Tierschutz und
352 Gesundheit erstellt sowie allen Bildungseinrichtungen, vor allem den Schulen, zur Verfügung
353 gestellt werden.
 - 354 • Wir schlagen vor, dass Schulen ausgezeichnet werden, die eine Vorreiterrolle bei der Veran-
355 kerung des Themas "umwelt- und tierschutzgerechte Ernährung" in regelmäßigen Schul-
356 projekten oder in ihr Schulprofil einnehmen;
 - 357 • Wir setzen uns dafür ein, die Forderung namhafter Sachverständiger sowie von Umweltin-
358 stituten nach einer Aufhebung des reduzierten Mehrwertsteuersatzes für Fleisch und tieri-
359 sche Produkte aufzugreifen, die mit den hohen Folgekosten des Fleischkonsums für die
360 Umwelt begründet wird.
- 361 Dazu müssen auf einer Zeitschiene Lösungen angestrebt werden, mit denen der höhere
362 Preis sozialverträglich abgefedert werden kann und Biobetriebe, die umwelt- und tierge-
363 recht, vor allem auch mit Weidehaltung, produzieren, entlastet werden.

364
365 **Fazit: Mutige Schritte führen zum Ziel**

366 Wir Grünen in Baden-Württemberg sind davon überzeugt, dass es uns gelingen kann, die
367 Wende zugunsten einer umwelt- und tiergerechten Haltung in die Wege zu leiten. Unser Bun-
368 desland mit seiner noch bestehenden Tradition der bäuerlichen Landwirtschaft kann nur durch
369 die hohe Qualität seiner Produkte und nicht durch ruinösen Wettbewerb im Billigsektor der
370 Massentierhaltung dauerhaft konkurrenzfähig bleiben. Für den Erhalt unserer vielfältigen Kul-
371 turlandschaft in unserem schönen Bundesland brauchen wir eine nachhaltige Landwirtschaft mit
372 artgerechter Tierhaltung. Große Teile der Bevölkerung unterstützen unsere Ziele. Wenn es uns
373 gelingt, den Menschen zu vermitteln, dass davon die Umwelt, die Gesundheit, der Natur- und
374 Landschaftsschutz, der Klimaschutz, die globale Ernährungssicherung sowie der Tierschutz pro-
375 fitieren, kann unser Land seine Vorreiterrolle mit der Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger
376 übernehmen.